

Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Nr. 4 / 40. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Bezugspreis
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Brüdenstraße 10b
Fernsprecher: Moritzplatz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mitgliederkostenlos

Berlin, 29. Januar 1926

Die Wahlen der Delegierten zum Verbandstag.

Die Hauptwahl findet in der Zeit vom 13. bis 20. Februar statt.

Die Verwaltungsstellen erhalten vor der Wahl ein Wahlprotokoll. Dieses ist sofort nach der Wahl auszufüllen und mit den abgegebenen Stimmzetteln an die Hauptverwaltung einzuliefern. Wahlen, für die keine Stimmzettel und kein Wahlprotokoll vorliegen oder bis zum 20. Februar nicht eingeleitet wurden, können bei der Stimmenauszählung nicht berücksichtigt werden.

Als Kandidaten wurden in den einzelnen Verwaltungsstellen aufgestellt:

11. Wahlkreis: In Alsenstein Bruno Krause, in Danzig Max Pletner und in Königsberg I. Fr. Edward Dannehl.

12. Wahlkreis: In Kiel Paul Wiesner, in Stettin Wlth. Krause.

13. Wahlkreis: In Braunschweig Paul Lantz, in Bremen Arthur Haupt und in Wilhelmshaven Johann Janßen.

14. Wahlkreis: In Düsseldorf Wilhelm Kiefert, in Essen a. R. Franz Giesbert.

15. Wahlkreis: In Köln Karl Honerlamp und Konrad Schäfer.

16. Wahlkreis: In Darmstadt Heinrich Huber, in Mainz Karl Greby und in Wiesbaden Willam Wiebel.

17. Wahlkreis: In Konstanz Anton Waß, in Ruppertsheim Ludwig Korb, in Mannheim Adolf Blüke und in Reutlingen Karl Gölzlin.

18. Wahlkreis: In Erlangen Georg Pfister und in Ulm Georg Steinemann.

19. Wahlkreis: In Altenburg Wlth. Musewald, in Bismarck Walter Eppinghaus und in Zeitz Wlth. Lindner.

20. Wahlkreis: In Bautzen Otto Kofel, in Chemnitz Edmund Bernhaid und August Braun.

21. Wahlkreis: In Breslau Karl Rudolf und in Görlitz Bruno Walter.

22. Wahlkreis: In Beuthen Karl Behnte, in Brandenburg Paul Schmidt, in Landsberg Wilhelm Offer und in Spandau Paul Becker.

23. Wahlkreis: In Geraberg Paul Fräbel, in Halle Walter Seibt und in Magdeburg Walter Warg.

24. Wahlkreis: In Hannover August Sohn und in Wülshausen Walter Schilling.

25. Wahlkreis: In Dortmund Heinrich Borgmann, in Elberfeld Karl Becker und in Kassel Karl Bonn.

Die Wahl der Delegierten erfolgt durch die Mitglieder in Versammlungen, die den Mitgliedern ausdrücklich mit dem Hinweis auf die stattzufindende Wahl bekanntgemacht sein müssen, mittels geheimer Abstimmung durch Stimmzettel. Die Stimmzettel müssen vor der Ausgabe an die Mitglieder mit dem Stempel der Ortsverwaltung versehen werden. In den Wahlversammlungen sind sämtliche im Freie aufgestellten Kandidaten bekanntzugeben.

Die Wahl kann nur persönlich ausgeübt werden. Mitglieder, für deren Ort keine Verwaltungsstelle besteht, wählen in eigenen Wahlversammlungen. Das Resultat der Wahl ist der Verwaltungsstelle mitzuteilen, der die Mitglieder angeschlossen sind. Sind nur ein oder zwei Mitglieder am Ort, so können die Stimmzettel in dem geschlossenen Briefumschlag an die betreffende Ortsverwaltung eingeschlagen werden.

In den größeren Verwaltungsstellen kann durch Beschluss die Wahl der Delegierten in Bezirksversammlungen an einem bestimmten Tage und zur gleichen Stunde in den von der Ortsverwaltung genügend bekanntgemachten Wahllokale vorgenommen werden.

Betriebe gelten nicht als Wahllokale und müssen die Wahlen unter Aufsicht einer aus je drei Mitgliedern bestehenden Wahlleitung überwacht werden. Der Wähler legitimiert sich durch seinen Mitgliedsausweis oder eine vom Kassierer ausgestellte Legitimation. Der Name des wählenden Mitgliedes ist in eine Liste einzutragen und muß die Zahl der abgegebenen Stimmzettel mit der Anzahl der Wähler übereinstimmen. In das Mitgliedsbuch ist ein Vermerk der erfolgten Wahl zu machen.

Mitglieder, welche acht Wochen mit ihren Beiträgen rückständig sind, können nicht wählen noch gewählt werden. Wir bitten um genaue Beachtung dieser Verhaltensregeln und um Einhaltung der Termine.

Der Verbandsvorstand.

S. A. P. Blum.

Zum Verbandstag in Hamburg.

II.

Am Schluß des ersten Artikels sprachen wir von den Arbeitseinstellungen und der Möglichkeit ihrer Finanzierung durch den Hauptvorstand. Diese Finanzierung wird in erster Linie durch die Erhebung angemessener Beiträge ermöglicht, die der wirtschaftlichen Lage der Verbandsmitglieder entsprechen. Das ist im allgemeinen leicht gesagt und doch gar nicht so einfach, es in der Praxis richtig zu machen. Gerade um die Beitragsfrage entbrennen regelmäßig die Auseinandersetzungen in den Mitgliedschaften, in der Zeitung und schließlich auf den Verbandstagen am hitzigsten.

Bei diesen Ausreden sollte man aber doch immer zu allererst daran denken, daß mit einem Lamento über hohe Beiträge und mit Hinweisen auf die Unlust, die notwendigen Beiträge zu zahlen, die Hauptlast des Verbandes nicht erfüllt und die Kampfkraft nicht gestärkt wird.

Die Kampfkraft des Verbandes hängt zwar in erster Linie davon ab, daß die Mitgliedschaften gemerkchaftlich geschult und diszipliniert, bereit und gewillt sind, für die Erämpfung einer besseren Lebenshaltung unter allen Umständen einzutreten. Mit dem guten Willen hierzu und mit dem Einfluß der ganzen Persönlichkeit kann man wohl in Zeiten guter Wirtschaftsjunktur, ohne große persönliche Nachteile befürchten zu müssen, recht ansehnliche Erfolge erzielen. Doch sehr oft sind die Kämpfe, die geführt werden müssen, von sehr langer Dauer und ziehen sich oft wochen-, ja monatelang hin.

Da genügt kein Kampfesmut, keine Opferwilligkeit allein mehr, um die Kämpfenden zusammenzuhalten, sondern da muß Vorbeuge getroffen sein, daß die Kämpfer eine Unterlützung in genügender Höhe erhalten können.

In den ersten drei Quartalen des Jahres 1925 haben wir rund 200 000 Mark für Streikunterstützung und rund 120 000 Mark für soziale Unterstütlungen verausgabt.

Die derzeitige riesige Arbeitslosigkeit stellt an die Verbandskasse gewaltige Anforderungen, so daß die Verbandsleitung trotz der augenblicklich noch vorherrschenden Depression im Wirtschaftsleben daran denken mußte, wie die Lebensfähigkeit und Kampfkraft des Verbandes erhalten und neu gestärkt werden kann.

Bereits in Nummer 1 dieser Zeitung wurden die Anträge des Vorstandes an den Verbandstag in Hamburg zur Neuregelung der Beiträge und der Unterstütlungsleistungen den Mitgliedschaften unterbreitet. Man wird in den Verwaltungsstellen sich mit ihnen beschäftigen und sie zum Teil zu hoch, zum Teil zu niedrig finden.

Wer unsere wirtschaftlichen Zustände kennt, Löhne und Lebenshaltungskosten und die fleuerliche Belastung des deutschen Volkes infolge der Reparationsverpflichtungen in Betracht zieht, wird zugeben müssen, daß wir auf viele Jahre hinaus mit einem Rückgang der hohen Preise für alles und jedes nicht rechnen können.

Im Gegenteil, die Preisaufstellung wird wohl auf- und abwärts gleiten, je nachdem Spekulationsmandat, gute oder schlechte Ernten, kurz, die allgemeinen Verhältnisse dies mit sich bringen. Im großen ganzen jedoch wird mit den Zuständen, die sich jetzt herausgebildet haben, als etwas Bleibendem zu rechnen sein. Es ist sogar damit zu rechnen, daß sich die deutschen Verhältnisse immer mehr den englisch-amerikanischen nähern und dementsprechend Preissteigerungen weiter zu erwarten sind.

Daß dann Kämpfe um ausreichende Löhne unausbleiblich sind, kann jeder verstehen.

Der Hamburger Verbandstag tagt nun nicht wie der Offenbacher in einer Zeit der Inflation und der Unsicherheit, wo jeder Tag, ja, bald jede Stunde neue Verhältnisse schuf und nichts festen Bestand hatte. Die Beschlüsse des Offenbacher Verbandstages tragen dieses Signum deutlich genug.

Der Hamburger Verbandstag hat mit anderen Verhältnissen zu rechnen, mit solchen, die voraussichtlich stabil bleiben, wenn nicht politische oder sonstige katastrophale Ereignisse dies vereiteln. Demgemäß müssen auch seine Arbeiten den Zweck verfolgen, für die nächste Etappe aufbauende Maßnahmen zu treffen.

Wollen wir nicht klüßchen — was gleichbedeutend wäre mit Rückgang —, dann gibt es nur ein Vorwärtsschiß, darüber herrscht wohl auch Einigkeit. Die Vorlage des Vorstandes soll nun die Grundlage neu schaffen helfen, auf welcher sich diese unsere Aufbauarbeit vollzieht. Wenn manchem unserer Mitglieder die neue Beitragsgeregelung als zu hoch erscheinen sollte, dann sollen sie sich nur informieren, was in anderen Verbänden an Beiträgen geleistet wird.

Ein Vergleich der übrigen Unterstütlungsarten teilt ebenfalls, daß sich unter Verband mit seinen Leistungen an der Spitze befindet.

In Anbetracht der Beitragsfestsetzung in den angeführten Verbänden darf wohl gesagt werden, daß sich die

Vorschläge unseres Hauptvorstandes in bescheidenen Grenzen bewegen. Es wäre daher in der Tat kaum verunbillig, wenn daraufhin von Seiten vorwärtsstrebender Mitgliedschaften Anträge gestellt werden, die höhere Beiträge fordern, als der Verbandsvorstand vorschlägt.

Soweit das Statut durch die in der Praxis gemachte Erfahrung einer formalen Änderung bedarf, liegen die Anträge doch nicht vor. Wir werden es hoffentlich diesmal erleben, daß nicht soviel unnütze Anträge gestellt werden, wie es sonst fast immer geschehen ist. Auch in den Anträgen, die gestellt werden, offenbart sich dem Kundigen, wie groß das Verständnis für die Aufgaben der Organisation in der betreffenden Mitgliedschaft eigentlich ist und wie weit das Verantwortlichkeitsbewußtsein entwickelt ist.

Die Tagesordnung ist selbstverständlich zunächst nur eine vorläufige. Ob eine Erweiterung derselben möglich ist, erscheint in Anbetracht der Sachlage sehr zweifelhaft. Einmal ist es wohl naheliegend, daß der Verbandstag seine Tagungszeit auf das unbedingt notwendige konzentriert und damit nicht verhältnismäßig umgeht. Die Fragen, welche zurzeit die gesamte Arbeiterbewegung auf das fleißig berühren und dementsprechend auch interessieren, sind allerdings sehr mannigfaltig. Es sei nur an die Erwerbslosenversicherung und an die Arbeiterrechtsfrage erinnert, ferner an die Fragen, die das Gebiet der Wirtschaft und der Volksgesundheit betreffen. Alle sind fast gleich wichtig, wenn sie der Verbandstag auch nicht lösen kann, so würden doch Beiträge über diese Gebiete viel Aufklärung und Anregung verbreiten. Aber was nützt es uns, wenn wir die reichhaltige Tagesordnung aufstellen und sie dann nicht in der Lage, sie zu erledigen, weil die Zeit nicht mehr ausreicht.

In Offenbach nahmen die Berichterstattung und die Diskussion über die Berichte die Zeit von 1 1/2 Tagen in Anspruch. Wir befürchten, daß die Hamburger Tagung mit dieser Zeit nicht auskommt.

An die Berichte des Vorstandes und des Ausschusses werden sich wahrscheinlich sehr ernste Auseinandersetzungen anschließen, von welchen nicht vorherzusehen ist, wieviel Zeit dafür in Anspruch genommen wird.

Es kann auch nicht übergangen werden, darüber nachzudenken, wie das Verhältnis zwischen Ausschuss und Vorstand für die künftige Geschäftsperiode zu gestalten ist. Was über dieses Verhältnis im Verbandsorgan und im Offenbacher Mittelungsblatt bereits offenkundig für jedermann, der unsere Presse verfolgt, geworden ist, das ist hinreichend genug, um eine Änderung notwendig erscheinen zu lassen.

Es ist zweifellos ein Non-sens, wenn sich dieselben Personen, die einer Ortsverwaltung angehören und auch zugleich dem Verbandsauschuss, bei sich selber über den Verbandsvorstand beschweren können und müssen, wenn sie sich eben beschweren wollen.

Wenn der Vorliegende, der geschäftsführende Sekretär und andere Mitglieder einer Ortsverwaltung die Mehrheit der Stimmen im Ausschuss haben und sie beschweren sich bei diesem Ausschuss, so sind sie doch Richter in eigener Sache, können solche Leute etwa als unbefangene gelten? Kein vernünftiger Mensch wird das behaupten wollen.

Solche Zustände müssen beseitigt werden, sie führen sonst zu korrupten Verhältnissen. Ueber das Wie wäre es leicht, hier bestimmte Vorschläge zu machen. Das wollen wir indes lieber den Mitgliedschaften selbst überlassen. Sollte es sich notwendig machen, darauf zurückzukommen, dann ist immer noch Zeit genug dazu vorhanden.

Aus diesen Darlegungen ergibt sich leider, daß der Hamburger Verbandstag von vornherein unter wenig günstigen Verhältnissen stattfinden wird. Solange auch Organisationen bestehen, hat es immer Auseinandersetzungen und Meinungsverschiedenheiten gegeben. Ueber die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses selbst bestehen ja in unseren Kreisen keine Meinungsverschiedenheiten. Auch die Erkenntnis, daß wir um so stärker sind, je enger und geschlossener wir unsere Ziele verfolgen, verbreitet sich mehr und mehr.

Wenn wir das in Betracht ziehen, so sind die Differenzen, die bestehen und die wir kurz berührt haben, so kleinlicher Natur und von so geringer Bedeutung, daß es eigentlich beschämend für alle geschulten Gewerkschafter ist, sich noch mit ihnen beschäftigen zu müssen.

Um die Einigkeit und Geschlossenheit der Bewegung aufrechtzuerhalten, sie neu zu stärken und zu festigen, handelt es sich! Jeder erfahrene Gewerkschafter hat gelernt, sich diesem Ziele zuteile unterzuordnen, auch wenn er mit seiner Meinung in der Minderheit geblieben ist.

Auch die Arbeiten des Verbandstages müssen von diesem Geist beherrscht werden, dann werden sie fruchtbar sein und das Gesamtwohl unserer Berufsangehörigen fördern helfen.

Eine Eingabe an den Reichsarbeitsminister.

Der Obermeister der Berliner Tapezierer-Zwangsgewerkschaft, Herr Holzammer, hat an den Reichsarbeitsminister eine Eingabe gerichtet, die Maßnahmen gegen die Plüscharbeit und Schwarzarbeit bezweckt. Der Inhalt dieser Eingabe stützt sich jedoch auf recht dürftige Gründe, diese sind vielmehr direkt an den Hosen herbeigezogen, während die wahren Ursachen der Plüscharbeit nicht einmal gestreift, geschweige denn sachlich dargestellt werden.

Bekanntlich werden von den Handwerkern, in welchen der Kleinbetrieb noch vorherrschend ist, viel mehr Lehrlinge ausgebildet, oder besser gesagt ausgebildet, als das Handwerk befähigen kann, wenn die Lehrzeit beendet ist. Einer Anzahl gelingt es wohl, im Frühjahr und in Perioden günstiger Wirtschaftsjunktur vorübergehend Arbeit zu erhalten. Die Zahl jener, die sich dauernder Arbeit erfreuen können, ist jedoch nicht sehr groß. Zu diesen Kleinberufen gehört vor allem auch das Tapezierergewerbe.

Mit der zunehmenden Entwicklung der großen Städte, der Ausbreitung der Industrie und dem wachsenden Wohlstand breiter Volksschichten steigerten sich auch deren Bedürfnisse. Das Tapezierergewerbe, ursprünglich mehr Luxusgewerbe, zugeschnitten, um die Bedürfnisse der reichen Leute zu befriedigen, entwickelte sich immer mehr zum Bedarfsgegenstand. Das heißt, das Leben und die Verhältnisse in den Großstädten steigerten die Bedürfnisse und die Nachfrage nach Wasserarbeiten und vor allem nach Bettmattungen. Auch die Bautätigkeit bevorzugte bei der Ausschmückung der Wohnräume das tapeziererische und förderte auch zugleich deren dekorative Ausstattung durch Stoffe aller Art.

Wohl haben sich unter diesen Umständen auch einige Betriebe entwickelt, die man als Fabrikbetriebe bezeichnen kann, weil sie Matrizen und allerlei andere Wasserarbeiten fabrikmäßig und serienweise herstellen; im allgemeinen herrscht jedoch der Kleinbetrieb noch immer vor, wo ja aus den Statistiken über die Berufs- und Betriebszählungen hervorgeht.

Verhältnismäßig leicht war es von jeher, sich im Tapezierergewerbe selbständig zu machen. Die alten Tapezierermeister wurden es meist auf folgende Weise: Nachdem sie einige Zeit in irgendeinem Geschäft als Kunstschaffsarbeiter oder Dekorateur gearbeitet hatten, wurden sie mit den Kunden bekannt. Einer oder der andere forderte dann wohl den Gehehlen auf, ihm etwas nebenbei im Hause nach Feierabend oder Samstags zu arbeiten. Versprach ihm Weiterempfehlung bei Verwandten und Bekannten und legte ihm wohl auch nahe, sich selbständig zu machen. Auf diesem Wege dürften auch heutzutage noch sehr viele Meister zu ihrer Selbständigkeit gelangt sein, die sich jetzt gegen die Plüscharbeit empören. Sie haben sich vermehrt wie Sand am Meer, die Kleinmeister, und sorgen durch ihre zahlreiche Behringelung dafür, daß diese Vermehrung unaufhörlich answächst.

Wie die freigeprägten Lehrlinge dann als Gehilfen ihrer Fortkommen finden können, darum sorgen sich die Handwerkerfreile nicht. An erster Stelle sind sie bemüht, sich diese Konkurrenz, die sie doch selbst herangezüchtet haben, nun vom Leibe zu halten.

Die Erscheinung der Plüscharbeit in modernen Wirtschaftslagen ist aber nicht etwa nur im Tapezierergewerbe wieder einmal brennend, sie erstreckt sich vielmehr auch auf viele andere Berufe. So wendet sich z. B. der Obermeister der Breslauer Handwerker an die Hausbesitzer und Wohnungsinhaber mit der Aufforderung, Plüschern und Schwarzarbeitern keine Aufträge zu erteilen, denn diese seien Schädlinge des gesamten Wirtschaftslebens.

Die Begründung, die dafür gegeben wird, ist sehr dürftig und wird wohl nicht viel nützen. Eine sachmündliche, einwandfreie Arbeit könnten Plüschler nie leisten. Das mag vielleicht auf solche Leute zutreffen, die wieder etwas gelernt haben, noch überhaupt die Arbeit verstehen, die sie übernehmen. In solchen Fällen geschieht dem Auftraggeber nur Recht, wenn er schlechte Arbeit erhält. Die Handwerker behaupten aber auch, daß Arbeitnehmer, welche Arbeiten auf eigene Rechnung ausführen, — nach Schluß des Abrechnungsbogens oder an Sonntagen, — dies meist mit gestohlenem Material und Werkzeugen tun. Wahrscheinlich haben diese Leute diese Kenntnis auch aus der eigenen Praxis erlangt!

Herr Obermeister Holzammer von der Berliner Tapezierer-Zwangsgewerkschaft teilt in Nr. 2 der „Allgemeinen Tapezierzeitung“ nun mit, daß er (sonst) beim Reichsarbeitsminister wie bei den Hausbesitzerverbänden vorstellig war. Der Hausbesitzerverband habe den Auftrag gegen die Plüscharbeit in seiner Forderung verdienstlich, vom Reichsarbeitsminister sei noch keine Antwort eingetroffen. Die Abschriften an die vorgenannten Stellen werden ebenfalls verdienstlich und wir müssen ihnen sagen, daß die darin vorgebrachte Begründung sehr eigenartig beruht. Es wird so folgendes angeführt:

„Der Tapeziererberuf als ein Luxusberuf liege schwer darüber, infolge der bestehenden Tarifverträge sei er verpfändet, seine Arbeitskräfte vom paritätischen Arbeitsnachweis angefordert. Hier aber sei das Grundmotiv für die Förderung der Schwarzarbeit zu liegen, denn es sei durch die Förderung der Schwarzarbeit gegenüber einer Reduktion des paritätischen Lohnes für Tapezierer, Rüderer, 13. festgestellt worden, daß einzelne Hilfskräfte schon seit Jahren arbeitslos gemeldet sind, ohne daß sie Erwerbslosenermittlung bezögen. Es liege klar auf der Hand, daß diese Personen irgendeinen Beruf ausüben müssen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können, und haben sie schon seit Jahren als arbeitslos gemeldete Personen belegen sind, die Schwarzarbeit ausüben.“

Hierauf ist denn doch einiges zu sagen: Erstens liegt der Tapeziererberuf nicht als ein Luxusberuf schwer darüber, denn das ist er heute nicht mehr ausschließlich, da wie eingangs schon kurz erläutert haben, sondern weil man die Kaufkraft der Volksmassen in den Mittelpunkt herabgedrückt hat. Diese sind es doch am Ende, welche den kleinen und größeren Handwerksmeister in Nahrung setzen können! — Dann ist wohl der wichtigste Grund die da-

niederliegende Wohnbautätigkeit, welche große Menschenmassen zur äußersten Einschränkung zwingt und selbst viele Ehepaare verhindert, eine eigene Wohnung zu mieten und mit Möbeln auszustatten.

Was Herr Holzammer über den paritätischen Arbeitsnachweis sich zusammengerammelt hat, in seiner Eingabe verallgemeinert, ist geradezu hahnbüchlich. Wir haben uns sofort erkundigt, wer die Personen sind, die schon jahrelang arbeitslos gemeldet sind. — Dabei stellte sich heraus, daß deren Frauen zum Teil selbständige Geschäfte besitzen, durch welche der Lebensunterhalt für die Familie bestreitet wird. Gerade diese Personen kommen überhaupt nicht als Schwarzarbeiter in Betracht. Ueberdies sollen sich unter diesen „Jahrelang“ als arbeitslos eingetragenen auch eine Anzahl befinden, die wegen ihres hohen Alters oder aus sonstigen Gründen nicht eingestellt werden. Es würde wohl nicht allzu schwer gewesen sein, bevor solche Fälle verallgemeinert zu berarigigen Eingaben verwendet wurden, diese etwas genauer nachzuprüfen. Der Herr Obermeister hätte besser getan, sich vor seiner Eingabe entschuldigen zu informieren und dem Reichsarbeitsministerium nicht solchen Bären aufzubinden, sowohl über die Verhältnisse im Tapeziererberufe, wie über den städtischen paritätischen Arbeitsnachweis der Tapezierer. Zweifellos hätte er damit der von ihm vertretenen Sache besser gedient, als durch oberflächliche, einseitige, tendenziöse Darstellung.

Unter Tausenden von Menschen gibt es natürlich immer einige, die sich nicht allzu viel aus der Arbeit machen, zumal wenn diese Arbeit unzureichend bezahlt wird. Das kann aber auch nicht verallgemeinert werden, ebensowenig wie wir es nicht beschönigen können und wollen.

Wie schon gesagt, die Schwarzarbeiter werden direkt von inaktiveren Kunden zum Plüsch anmirt, denn diese hoffen dadurch billiger zur Herstellung der gewünschten Arbeit zu kommen. Es kommt auch manchmal vor, daß wohlhabende Leute, weil sie Gefallen an einem Arbeiter haben, diesen direkt deshalb unterliegen, um ihm das Selbständigmachen zu erleichtern. Aber auch das sind seltene Ausnahmefälle, die nicht verallgemeinert werden dürfen.

Und dann jene Gehilfen, die mal aus Gefälligkeit einem Bekannten, der vielleicht ein armer Teufel ist, einen Auftrag ausarbeiten? — Sind dies auch so arme Schädlinge des Gewerbes? — Lange nicht so sehr wie die gewissenlosen Behringelungsbeute, denen sehr wohl bekannt ist, wie groß die Zahl der Gehilfen ist, die zeitweilig vergebens auf Arbeit warten.

Denen auch genau bekannt ist, wie leicht sich ein gelernter Tapezierer selbständig machen kann und daß viele direkt dazu getrieben werden, auf eigene Rechnung zu arbeiten, weil sie sonst eben verhungern würden.

Und jene Führer der Junungen sind Schädiger des Gewerbes, die nie den Mut haben, diese Dinge auf den Tagungen des Handwerkes beim richtigen Namen zu nennen und die wahren Ursachen aufzudeuten, die das Kleingewerbe zertrüben.

Nachdem man die Lehrlinge 3 1/2 bis 4 Jahre als billige Arbeitskraft auf die raffinierteste Art ausgenutzt hat, werden sie der Arbeitslosigkeit überantwortet. Sie sollen nicht plüschern, gut, dann muß man ihnen aber auch eine Erwerbslosenermittlung geben, damit sie vor dem Verhungern geschützt sind und nicht den Eltern weiter zur Last liegen, die sie schon lange genug erhalten haben und meist selbst das Nötigste entbehren. Was wollen aber die Handwerker, die an dem Brot nicht ablassen? Sie wollen die soziale Fürsorge möglichst ganz abschaffen. In einer solchen Haltung liegt kein Verdienst.

Wenn man diese Mährlein von Grund aus zu ändern versucht, dann kann keine Macht der Welt es verhindern, daß der Arbeitslose jede sich bietende Gelegenheit ergreift, um durch irgendwelchen Nebenverdienst sein Leben zu fristen, denn — Not kennt kein Gebot! —

Wir geben uns natürlich keinen Illusionen darüber hin, daß die Innungskasse, die am liebsten die alten Innungskassen Abzweigungen wieder einführen möchte, beschwerbar sind und sich ihrer Vorse bemächtigen werden. Man, sie werden sich nach wie vor an dem Wagen der Prellaktion als Vorposten benützen lassen, statt sich zu ihren eigentlichen Schicksalsgefährten und Klassengenossen, der Arbeiterklasse, zu halten und mit ihnen die Umwandlung der heutigen Wirtschaftsform zu betreiben. Denn nur diese Umwandlung wird uns alle erlösen.

Geschäfts- und Kassenbericht der Drechselwerkverwaltung Dresden für das Jahr 1925.

Die zurzeit herrschende außerordentlich schwere Wirtschaftslage, wozu 30 Proz. unserer Mitglieder voll erwerbslos und weitere 50 Proz. zur Kurzarbeit verurteilt wurden, nötigt uns, die beträchtlichen Ausgaben zur Drucklegung des Geschäftsberichtes zu sparen und nur einen Auszug zu veröffentlichen.

Mit dem festen Willen, kräftig an der Erhaltung, dem Aufbau und der Ausbreitung unserer Organisation zu arbeiten, traten wir das Jahr 1925 an. Wenn auch erstes rüftig vorwärts Schritt, so ist jedoch die Ausbreitung, die sich durch höhere Mitgliederzahlen ausdrückt, nicht eingetreten. Das letztere nicht gelang, lag an den schwankenden und ungelunden wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Beschäftigungsmöglichkeit lag in den beiden ersten Monaten des Berichtsjahres viel zu wünschen übrig. Erst im März trat für den Tapeziererberuf eine Besserung ein, die aber nur bis August andauerte. Im Sattlererberuf hatten wir das ganze Jahr hindurch mit Betriebsbeschränkungen, Kurzarbeit und großer Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Eine rühmliche Ausnahme machte nur der Monat Mai, der eine geringe Arbeitslosenquote aufwies. Alle übrigen Monate wiesen hohe Zahlen auf, die am Schluß des Jahres laminarartig obengenannte Höhe erreichten.

Die von der Luther-Regierung betriebene und von den Reichsparteien des Reichstages sanktionierte wahnwitzige Steuer- und Zollpolitik wirkte sich in einer fortwährenden Steigerung der Lebenshaltungskosten aus. Der notwendige Ausgleich durch Aufbesserung der Löhne lagerte in allen Branchen zu langwierigen und heftigen Auseinander-

setzungen mit den Arbeitgeberern. Unsere nur allzu berechtigten Forderungen wurden häufig mit den Hinweis abgetan, daß bei fortwährendem Anziehen der Lohnschraube eine neue Inflation brohe, die Hebung des Reallohnes und die Befriedung der Wirtschaft sei nur durch niedrige Entlohnung und längere Arbeitszeit zu erreichen. Aus den tatsächlichen Bindungen in fast allen Branchen war es zu denken, daß wir auf dem Gebiete einigermaßen vorwärts kamen. Die durchaus falsche Einstellung unserer Arbeitgeber war auch im kommenden Jahr in der Lohn- und Tarifpolitik heftige Kämpfe zeitig. Einzelhändlerweise kommt bei unserer Kollegen und Kolleginnen die Erkenntnis immer mehr zum Durchbruch, daß nur eine geschlossene Gewerkschaft weitere Verbesserungen und Erfolge zu erringen vermag. Der beste Beweis dafür ist die Stabilität unserer Mitgliederzahlen, die trotz der ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse keinen Rückgang aufwies. Dieses Resultat ist vor allem auf die tatkräftige Mitarbeit und den Opfermut unserer Vermaltungsmittelglieder und Funktionäre zu buchen, denen an dieser Stelle besonders gedacht sei. Da aber Stillstand gleichzeitig Rückschlag bedeutet, kann uns das Ergebnis nicht befriedigen, deshalb soll die Parole auch künftig lauten: „Stärkung der Organisation durch Heranziehung auch des letzten Berufsgenossen, rege Mitarbeit aller Mitglieder an der Erreichung weiterer Erfolge.“

Ueber das Organisationsleben und die geleitete Vermaltungsarbeit gibt folgende Zusammenstellung Aufschluß. Es fanden statt: 6 allgemeine Mitgliederversammlungen, 21 Branchen-, 22 Betriebs-, 22 auswärtige, 6 Vertrauensmänner-, 4 Lehrlings- und 1 Arbeitlosenversammlung, 9 Branchenkommissionssitzungen, 19 Lohn- und 18 Schlichter-Verhandlungen, 8 Tarif- und 6 Verhandlungen mit Arbeitgebern, 10 Konferenzen, 8 Gewerbegerichtsausschüsse, 11 sonstige Sitzungen, 3 Vergütungen, 3 Ausflüge und eine Betriebsbesichtigung.

Unsere Mitgliederbewegung: Zugang: Bestand am Anfang des 1. Quartals 1925 1028 männliche, 194 weibliche, neugeworbenen 248 männliche, 91 weibliche; von anderen Verbänden übergetreten 14 männliche, 4 weibliche; zuzugewandene Mitglieder: Zugang: Abgereist 28 männliche; zu anderen Verbänden übergetreten 16 männliche, 4 weibliche; ausgeschieden 5 männliche, 1 weibliche; ausgehoben nach § 4 Abs. 1 208 männliche, 166 weibliche, gestorben 5 männliche, 4 weibliche; Mitgliederbestand am Schluß des 4. Quartals 1925 1048 männliche, 124 weibliche; zusammen 1306 männliche, 289 weibliche Mitglieder.

Der Mitgliederbestand auf die einzelnen Branchen verteilt: Am Anfang des Jahres: Bedenwarenbranche 301 männl., 157 weibl.; 6 Lehrlinge; Tapezierer 243 männl., 20 weibl.; 3 Lehrlinge; Treibriemer 192 männl., 10 weibl.; Fahrzeughändler 97 männl., 3 Lehrlinge; Handwerksfahrräder 947 männl., 187 weibl., 23 Lehrlinge. Am Ende des Jahres: Bedenwarenbranche 183 männl., 88 weibl., 17 Lehrlinge; Tapezierer 223 männl., 16 weibl., 15 Lehrlinge; Treibriemer 159 männl., 6 weibl.; Fahrzeughändler 104 männl., 9 Lehrlinge; Handwerksfahrräder 46 männl., 10 weibl., 5 Lehrlinge; zusammen 776 männl., 110 weibl., 51 Lehrlinge.

Hieraus ist der bereits erwähnte, fast gleichbleibende Mitgliederbestand zu ersehen, ebenso der bedeutende Rückgang in der Bedenwarenindustrie. Umfangreiche Entlassungen, häufige Konkurrenz sind die Ursachen. Die Probe-Konjunkturuntersuchungen war derartigen großen Fortschritten arbeitsetwaente nicht unterworfen, in diesem Ende des Jahres verschiebten sich die Verhältnisse auch gewisse Stabilität, die erst in den letzten Monaten nachließ.

An der Bedenwarenbranche war bei Abschluß des Tarifvertrages die Frage der Drechselwerkverwaltung offen geblieben. Zur Regelung wurde die Bezirksarbeitsnachweis-Kommission zweimal von uns angerufen, was den Erfolg brachte, daß der Tarifbesitz in zwei Drittel mit 100 Franken bei Einzelarbeit und 80 Franken bei Gemeinheitsarbeit herausnomme der Kaufkraft. Eggelwärders, harte Erfolg, das sachliche Arbeitsministerium betätigten unseren Antrag bei der Reichsarbeitsverwaltung, die Arbeitsabkommens wurde ausgeprochen.

Besonders stark wurde die Branche von der Wirtschaftslage erfaßt. In Dresden sind allein fünf Konkurse auch bei der Mitglieder, und zwar von 288 auf 183 männliche und von 165 auf 88 weibliche am Schluß des Jahres. Die Lohnfrage war besonders schwer zu regeln, nahezu vier Lohnverhandlungen mußten zwei Schlichterprüfung im Laufe des Jahres verhandelt. Die Kollegenschaft wurde durch selten gewerkschaftlichen Zusammenstoß weitere Verbesserungen zu erringen.

An der Tapeziererberanche war im verflochtenen Jahr Konjunktur. Erst im September war eine rückläufige der Arbeitslosigkeit der organisierten Kollegen von 67 auf 67 bis Ende des Jahres zum Ausdruck kam. Trotz unserer Lohnforderungen bei allen Verhandlungen die schärfste Übereinkunft zum Ausdruck. Wenn es unserer Kommission in drei schon geführten Verhandlungen gelang, kommen, so lehnten die Arbeitgeber unsere im September gestellte Forderung einer 15-prozentigen Lohnbesserung weiteren Verbesserungen vorliege. Eine gemeinsame Sitzung verlief erfolglos, das alte Lohnabkommen sollte bis auf weiteres schriftliche Begründung der Forderung erhalten wird von den Arbeitgebern die kurze Mitteilung, daß sie nach wie vor auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharren. Unter dem Druck der verschlechterten Wirtschaftslage haben

UNSERE JUGEND

Wo ist das wahre Vaterland?
 Ist es, wo Zufall uns ans Licht
 der Welt rief? Silent die Seele nicht,
 die freie, solchen engen Band?
 O doch: des Menschen Heimat sei
 wie Himmels Blau so weit und freil!

Ist es, wo Gott und Mensch man ehrt,
 wo Freiheit eine Sätte fand?
 Ob nicht das Herz zum Vaterland
 nach einen größeren Raum begehrt?
 O doch: des Menschen Heimat sei
 wie Himmels Blau so weit und freil!

Wo Leid das Herz in Fesseln schlägt
 und Lust mit Nigkten es umflieht;
 wo Menschengeist nach hellerem Licht
 voll Mut die starken Schwingen regt:
 Das ist das wahre Vaterland,
 und alle Welt umfließt das Band!

Wo Hilfe nottut, wo als Knecht
 ein Mensch noch seufzt, wo Freiheit schwand —
 auf Brüder, stehn wir zu dem Land:
 Gottlos für solch ein Heimatrecht!
 Das ist das wahre Vaterland,
 und alle Welt umfließt das Band!

Die Ueberzeugung ist des Mannes Ehre —
 ein goldenes Licht, das keine Fürstentum
 und kein Kapitel um die Brust ihm hängt.
 Die Ueberzeugung ist des Kriegers Fahne,
 mit der er, fallend, nie unruhlich fällt.
 Der Krieger selbst, verloren in der Masse,
 erwirbt durch Ueberzeugung sich den Adel.
 Ein Wappen, das er selbst gerbricht und schändet,
 wenn er zum Lügner seiner Meinung wird!

Wirtschaft und Sprache.

Die Sprache ist aus dem Zusammenleben der Menschen heraus geworden. Sie ist ein soziales Produkt. Daraus ergibt sich schon, daß die wirtschaftliche Art des Zusammenlebens der Menschen auch die Entwicklung der Sprache beeinflussen muß. In seinem neuen Buche "Kultur und Sprache im neuen England" zeigt uns Werner Spiess u. a., inwieweit der Wirtschaftskarakter in einem Volke die Sprache beeinflusst. Er läßt uns die wirtschaftliche Beeinflussung der Sprache auf der gegenwärtigen Entwicklung des ursprünglich gleichen Englisch in England und Amerika erkennen.

Schon jetzt hat das amerikanische Wirtschaftsleben, diesem Werke zufolge, einen starken Einfluß auf die englische Sprache in Amerika ausgeübt, einen viel stärkeren, als ihn das englische Wirtschaftsleben auf die Sprache ausgeübt hat. Am ausgeprägtesten kommt diese wirtschaft-

liche Beeinflussung in der Frage der Sprache zum Ausdruck. Die fast des Hochkapitalismus zwingt in der Sprache zum prägnanten und bündigen Ausdruck, wofür Epithete eine ganze Reihe von Belegen bringt.

Der kulturelle Gemeinlichkeitskarakter der Sprache schwindet mehr und mehr vor der praktisch-wirtschaftlichen Bedeutung. Die Sprache ist in Amerika weit mehr als im kapitalistisch noch nicht so weit entwickelten England ein Mittel zum Geben und ein Stück Wirtschaftswert. Das soziale Wesen der Sprache tritt zurück und je mehr sich auch die englische Wirtschaft zum Hochkapitalismus entwickelt, um so mehr muß die englische Sprache darum auch in England den Weg gehen, den sie in Amerika gegangen ist.

Wir brauchen gar nicht so weit gehen, um diesen Einfluß des Wirtschaftskarakters auf die Sprache festzustellen. Auch uns ist die Sprache bereits zu lässig geworden. Zeit ist Geld — auch in der Sprache. Aus dem Automobilmobilismus wurde der Autabus, und der mußte bereits — wie in England — dem Bus Platz machen.

Als vor Jahrhunderten noch Kunst dem Zusammenleben in unserer Volke das Gepräge gab, hatte auch die Sprache noch Kulturcharakter. Sie war innig und feierlich. Nicht die Technik ist es, die der Sprache dieses, ihr eigentliches sozial-kulturelles Wesen genommen, sondern die Anwendung der technischen Entwicklung für die kapitalistische Profitwirtschaft. Das Hezen und Aagen und Sorgen um Existenz hier und Gewinn dort ist es, das der Sprache das Ruhige, Bindende genommen hat. Eine neue Wirtschaftsordnung der Gemeinschaft, die die Welt von der wirtschaftlichen Hast befreit, wird auch der Sprache einen neuen, ruhigeren Ausdruck der Gemeinschaft geben.

lich die Kollegen mit einer gewissen Verbitterung diesem Diktum gefügt. Mit dem Geldlohn, sich gewerkschaftlich scheren aneinander zu setzen und bei passender Gelegenheit die Scharte auszuweisen, wurde das Ergebnis aufgenommen. Bei dem großen Widerstand der Arbeitgeber gegen einen Tarifabschluss stehen auch hier die Kollegen nach der harten Kämpfe, was zur strikten Durchführung des obigen Beschlusses zwingt.

Der Geschäftsgang in der Treibriemenbranche war bis zum Ausbruch der großen Wirtschaftskrise nicht so gerätet wie in der Lederwarenbranche. Trotzdem führten gerade in dieser Branche die Lohnverhandlungen zu den heftigsten Auseinandersetzungen mit den Fabrikanten. Alle vier Lohnverhandlungen verliefen völlig ergebnislos, die geringen Lohnaufbesserungen wurden nur durch Schiedsprüche festgelegt. Immer wieder wurde uns entgegengehalten, daß bei weiteren Lohnsteigerungen die Existenzfähigkeit der Betriebe gefährdet sei. Um. Bei dem jetzigen Lohnstand gegen den der Vorkriegszeit sei die herrschende Steuerung nicht nur voll ausgeglichen, sondern der Kollegenlohn bleibe noch eine Quote zur Verdrängung ihrer Kulturbedürfnisse übrig. Der von uns geforderte Ausgleich für die jetzt gültige längere Arbeitszeit wurde öfter mit dem Hinweis abgelehnt, daß ja einer längeren Arbeitszeit bis auf 56 Stunden in der Woche nichts im Wege stehe. Die Behauptung, daß nur tarifliche Bindungen, die mit Hilfe der Gelomorganisation erreicht wurden, uns vorwärts bringen kann, trifft gerade in dieser Branche zu. Trotz heftigstem Widerstand der Gegenpartei konnte auch hier der Spitzenlohn im Laufe des Jahres von 66 auf 80 Pf. verbessert werden. Zu allem Ueberflus kündigten die Arbeitgeber auch noch den Reichsmantelarif, kamen aber bei den in Berlin geführten Tarifverhandlungen mit ihrer Absicht, in der Ferienbewegung Verschiebungen vorzunehmen, nicht durch. Durch Schiedspruch des angränzenden Tarifrats wurde der Tarif mit all seinen Bestimmungen bis zum 30. September 1926 verlängert. Auch die kündigende Partei unterwarf sich dieser Entscheidung. Die kurz erläuterten Vorgänge beweisen aufs neue, daß nur eine straff organisierte Gewerkschaft diesen mit allen Mitteln kämpfenden Arbeitgebern weitere Erfolge abzutragen vermag.

Die Fahrzeugbranche hatte bis zum November keine wesentlichen Beschäftigungsstörungen zu verzeichnen. Zeitweise waren hier wie in der Treibriemenbranche geringe Maßnahmenmöglichkeiten arbeitslos gewordener Kollegen vorhanden. Am Schluss des Jahres setzte aber auch hier die Krise ganz plötzlich mit aller Schärfe ein. Durch entzogene und genehmigte Betriebsstilllegungen wurden in den beiden größeren Betrieben Gläser und Stange allein über 40 Kollegen abgebaut. Bei den drei Lohnverhandlungen, die gemeinsam mit dem Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften geführt wurden, kam keine freie Vereinbarung zustande. Alle Lohnaufbesserungen mußten auch hier durch Schiedsprüche festgelegt werden, gegen die eine beachtliche Minderheit der Kollegen protestierte. Eine Warnung für die Gegenpartei, den Wogen nicht zu überspannen. Der Spitzenlohn wurde von 78 auf 95 Pf. angehoben. Wegen der fortwährenden Umstellung der Betriebe und Arbeitsmethoden fand im April eine Landeskonferenz der Autolattler statt, deren Ergebnis die Wahl einer fünfstelligen Kommission war, die unterdes viel wertvolles Material austauschte. In erfreulicher Aufwärtsentwicklung befindet sich der Betrieb "Kraftvertrieb, Treibmittel Sachfen, A. G.", dessen Hauptwerkstatt sich hier befindet. Die Zahl der dort beschäftigten Kollegen liegt von 55 auf 86, zuzugereit der einzige Betrieb am Orte, wo arbeitslose Kollegen unterzubringen waren. Durch gemeinsame Verhandlungen mit allen am Betriebsarif beteiligten Gewerkschaften konnte auch hier der Grundlohn von 78 auf 94 Pf. verbessert werden. Die Arbeitgeber der Privatindustrie besitzen die Krise, um die Afforderten immer mehr herabzudrücken. Die Kollegen haben alle Ursache, ihr gutes Organisationsverhältnis aufrechtzuerhalten, um jederzeit zur Abwehr gerüstet zu sein.

Für die Sechsbirnenbranche wurden ebenfalls vier Lohn-

verhandlungen geführt, drei Verhandlungen brachten in jeder Vereinbarung eine Lohnzulage, eine Verhandlung scheiterte nach sehr lebhaften Auseinandersetzungen an dem Widerstand der Arbeitgeber. Erst unter Hingabe eines unparteilichen am ein Abkommen zustande. Der Spitzenlohn wurde von 85 auf 82 Pf. verbessert. Die in dieser Branche beschäftigten Kollegen verteilen sich mehr auf die kleineren Städte und das ländliche Land. Aus der Großstadt wird der Geschäftsführer durch die Entwicklung des Autos zum modernen Verkehrsmittel immer mehr verdrängt. Aber gerade deshalb ist es nötig, daß die Kollegenchaft ihren Verband mit zentraler Lohnregelung aufrüstet, da sie sonst Gefahr läuft, bei den mitunter sehr rückständigen Ansichten einzelner Meister über Lohn- und Arbeitsbedingungen, stark herabgedrückt zu werden.

Das ist in kurzen Zügen unser Bericht. Jeder wird daraus erkennen, daß wir nur durch unsere Organisation wirken konnten. Wollen unsere Gegner unsere Lebenshaltung herabdrücken, dann sind wir gezwungen, mit Hilfe unserer Gewerkschaft einen Ausgleich zu suchen. Das kann aber nur erreicht werden, wenn alle Gleichgültigkeit und aller Eigennutz bekämpft wird, wenn wahre Kollegialität und Solidarität Platz greift. Sorgen wir durch rege Mitarbeit aller Mitgliedschaften dafür, daß jeder Berufsgenosse mit Vertrauen zu seiner Organisation auftritt, dann werden wir im kommenden Jahr unserm hohen Ziel ein gutes Stück näherkommen.

„Vorwärts und aufwärts sei unsre Losung.“
 Zum Kassenericht nur einige Zahlen, die das Jahr 1925 kennzeichnen.

Der Markturnsatz war befriedigend, selbst das 4. Quartal brachte nur einen verfeinerten Umsatz, da alle Unterfertigungsbelege die Beitragsreste begleichen mußten. Der Umsatz betrug 54 728 Mark, dazu noch 5700 Extraurunterfertigungsmarken. Die Gesamteinnahme für die Hauptkasse betrug 33 584 Mk., dazu noch 802 Mk. für Aktivenmarken. Die Ausgaben bewegten sich in normalen Grenzen, nur im 4. Quartal mußte sämtliches Geld für Unterfertigung ausgegeben werden. Der Hauptkassabestand betrug 14 101 Mk. zugeführt.

Die Sozialliste verdoppelte sich am 1. Mai den Vorkriegsstand, der Erfolg drückt sich in einer Mehrausgabe von 2500 Mk. aus. Der Kassabestand erhöhte sich von 1804 Mark auf 5400 Mk. Ohne die Erhöhung des Sozialkassabestandes wäre aber kein Ueberflus erzielt. Ohne an-gemessenen Kassabestand läßt sich aber keine größere Filiale verwirklichen. Zu Weihnachten wurde auch diesmal eine Sammlung veranstaltet. Diese ergab trotz der spärlichen Zeiten 898 Mk. Ausgaben waren 875 Mk. 282 Mk. wurden aus der Sozialkasse entnommen. Interzinst wurden 61 Kollegen mit je 10 Mk. und 58 Kollegen mit 5 Mk. Die Gesamteinnahme betrug 17 247 Mk. Die Ausgabe 11 615 Mk. An Vortrag für 1926: 5482 Mk.

Im Auftrage der Ortsverwaltung:
 R. Wöhme, Bevollmächtigter. A. Alppoldt, Kassierer.

Außerordentlicher Verbandstag des Schweizerischen Bekleidungs- und Lederarbeiterverbandes.

In Zürich fand am 9. und 10. Januar 1926 ein außerordentlicher Verbandstag des Schweizerischen Bekleidungs- und Lederarbeiterverbandes statt, der durch die zugehörige Kommission, namentlich in der Sektion Zürich, die als Vorort den Zentralvorstand zu bestellen hat, notwendig geworden war. Seit Jahren waren und sind die Versammlungen der Sektion Zürich der Tummelplatz kommunistischer Harekoren gegen die Nichtkommunisten, insofern natürlich gegen die Sozialdemokraten, so daß diese schließlich jede gewerkschaftliche Mitarbeit einstellten und die Kommunisten nun ausschließlich wirksam konnten. Der Zentralvorstand ist ebenfalls fast

ausschließlich kommunistisch zusammengesetzt, und das Verbandsorgan, das, in kleinstem Format und nur 14tägig erscheinend, sich den seltenen Luxus von zwei Redakteuren gestattet, einem sozialdemokratischen und einem kommunistischen, wird von letzterem mit Unterstützung des Zentralvorstandes in unerantwortlicher Weise für die kommunistische Propaganda mißbraucht; der sozialdemokratische Redakteur, Genosse Zimmer, aber in seiner Tätigkeit gehemmt und vergewaltigt. So enthält Nummer 1 des Blattes, die „Verbandsbeilage“, nicht weniger als sieben kommunistische kleinere und größere Artikel, darunter den Leitartikel zum Verbandstag, der eine böswillige Hege gegen die Sozialdemokraten enthält. Also nicht einmal auf den Verbandstag hin vermochte der kommunistische Redakteur seine hemmungslosen, böswärtigen Hegeereien zu unterlassen. Der eigentliche Begrüßungsartikel des sozialdemokratischen Redakteurs, der an die leitende Stelle des Blattes gehört hätte, mußte sich mit einem Platz auf Seite 2 und Spalte 2 begnügen.

Die den Verband ruinierenden kommunistischen Hegeereien sind die unheilvollen Folgen der Fraktions- und Jährenwirtschaft, die aber nicht nur in der Sektion Zürich betrieben wird. So fanden sich schließlich auch die Nichtkommunisten zur Abwehr in Fraktionen zusammen, und im September 1925 kündigten sechs Sektionen ihren Austritt aus dem Verband Ende 1925 an. Sie beschloßen ferner die Beitragskassette gegenüber der Zentralkasse und leichten den direkten Verkehr mit dem Zentralvorstand ab, den sie vielmehr nur nach mit dem Verbandsauschuß aufrechterhielten. Ein weiteres hohes Duzend Sektionen schloß sich der organisierten Opposition an. Zur Veranschaulichung der ganzen Situation hatte auch die Wegwahl des einzigen Sozialdemokraten Zimmer unter den vier Sekretären des Verbandes beigetragen, dessen Ausschaltung wegen seiner Gesinnung die Kommunisten schon seit Jahren mit allen Mitteln angestrebt hatten.

In dieser vergifteten Atmosphäre trat man der außerordentlichen Verbandsstag zusammen, den zur „Sanierung“ des kranken Verbandes einzuberufen sich der Zentralvorstand genötigt gesehen hatte. Er war von 41 Delegierten aus 27 Sektionen besetzt, zu denen noch hinzukamen 12 Mitglieder des Zentralvorstandes und 9 Vertreter der Kommissionen und des Verbandsauschusses. Aus dem Ausland war einzig Genosse Simon Nürnberg, Sekretär der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederarbeiter, erschienen. Von den anderen schweizerischen Organisations waren vertreten das Gewerkschaftsblatt Zürich durch den Arbeitersekretär Wolf und der Schweizerische Gewerkschaftsbund durch seinen Sekretär Dürr.

Die Verhandlungen dreier anstrengender Sitzungen drehten sich natürlich um die Richtungsfrage, welche im Verbande, über die für die Kommunisten der Zentralpräsident Wagnin und für die Opposition Genosse Meier-Büttelichen referierten. Alles, was die Kommunisten getan, war nach dem Referenten nachgefragt, während die Opposition und ihre Tätigkeit aufs schärfste kritisiert und verurteilt wurde. Der Redner der Opposition hielt den Kommunisten ihre langjährige verbandsständige Tätigkeit vor und lehnte die vom Zentralvorstand gestellten „Sanierungsanträge“ ab, da sie seine Verleumdung brägen, sondern nur die bestehenden Gegensätze vermindern und zerklüffern könnten. Heute aber gelte nur ein „Entweder — oder“: Entweder Bekenntnis zu den rein gewerkschaftlichen Grundfragen und Annahme der Anträge der Opposition oder weiserer und aufklärerischer Abbergang des Verbandes. Durch Durchführung jährlicher Tagungen wurden die kommunistischen Treiberleuten näher beleuchtet und die Notwendigkeit einer völligen Kursänderung im Verbande nachgewiesen. Und schließlich stellte Meier im Namen der Opposition folgende Anträge:

„Der außerordentliche Verbandstag des Schweizerischen Bekleidungs- und Lederarbeiterverbandes vom 9./10. Januar 1926 stellt fest, daß der in der Gewerkschaft

schafsbewegung allgemein angemessene Grundfah der politischen Neutralität auch für unseren Verband und mit hin auch für die Reaktionsführung des Verbandsorgans Geltung hat. Das Verbandsorgan hat lediglich der gewerkschaftlichen Propaganda und Aufklärung und der wirtschaftlichen Interessensvertretung der Arbeiterschaft der Lederungs- und Lederindustrie zu dienen. Propaganda für irgendwelche politische Partei oder für Organisationen und Institutionen, mit denen der Verband nicht in offizieller Verbindung steht, ist zu unterlassen. Die im letzten Jahre mit Wissen und Willen des Zentralvorstandes vorgenommenen Verträge nach dieser Richtung hin werden bedauert und verworfen. Der Zentralvorstand hat darüber zu wachen, daß den oben skizzierten Grundfah strikte nachgelebt werde. Glauben Verbandsmitglieder, mit den im Verbandsorgan behandelten Tendenzen und Auffassungen nicht einig gehen zu können, so steht ihnen das Recht einer Erwidrerung zu, wobei sie den gleichen Raum beanspruchen dürfen, den der Anteil eingenommen hat."

Der zweite Antrag der Opposition sah vor, daß im Falle eine Sektion den Vorort übernimmt, die nicht über genügende Kräfte zur Bildung des Zentralvorstandes verfügt, soweit nötig, aus den nächstgelegenen Sektionen Mitglieder in den Zentralvorstand zugezogen werden können.

Au die Alerate knüpft sich eine umfassende und lebhaft diskutierte von zahlreichen Rednern beider Richtungen. Aus den Reden der Oppositionsvertreter klangen immer wieder die bitteren Klagen über den im Verbands herrschenden schädlichen Kurs, der jede Agitations- und Organisationsarbeit für den Vorstand erschwerer oder verunmöglichet und auch die Tätigkeit der Sektionen für Verbesserung der Arbeit- und Lohnverhältnisse hemme. Inner beharzte sich bitter über das Verhalten seines kommunikativen Redaktionskollegen, der in jeder Nummer des Verbandsorgans seine kommunikativen Heftartikel veröffentlicht, dagegen die Veröffentlichung eines Artikels von ihm über die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften in der Druckerlei verweigert und nachträglich vom Zentralvorstand gedeckt wurde, an den sich inner mit dem Vorort nach Veröffentlichung des Artikels gewandt hatte. Und das war der einzige Artikel, den inner in der ganzen langdauernden Streitfrage geschrieben hatte.

In die Diskussion griffen auch wiederholt die Genossen Simon, Dürr und Wg h ein, um ebenfalls scharfe Kritik an der im Verbands herrschenden "Politik" zu üben und gründliche Aenderung, rein gewerkschaftliche Einstellung zu fordern, um die Zusammenarbeit aller Mitglieder zu ermöglichen.

Sodann ging auch von kommunistischer Seite ein Antrag ein, der dem Zentralvorstand ein Vertrauensvotum ausstellen wollte.

In der Abstimmung über diese Anträge, an der sich die Mitglieder des Zentralvorstandes nicht beteiligten, wurde der erste Antrag der Opposition mit 26 gegen 22 Stimmen angenommen, also dem Zentralvorstand ein Vertrauensvotum ausgestellt. Ein von Mitgliedern beider Richtungen gestellter Antrag auf Verbot der Fraktionen und Zellen im Verbands, den die führenden Kommunisten mit aller Engherzigkeit bekämpften, fand mit 35 gegen 23 Stimmen Annahme. Das war das zweite Vertrauensvotum gegen den Zentralvorstand.

Weiter konnte der Vorort nicht von Zürich weg verlegt werden, weil sich keine andere passende Sektion für seine Uebernahme fand, und so wurde Zürich wieder beibehalten. Ebenso wurde auch der Oberkommunist K a n n als Zentralpräsident wiedergewählt, der aus Lausanne, nach allem, was seit langer Zeit unter seiner Leitung im Verbands vor sich gegangen, sich gar nicht von seinen Fraktionskollegen hätte zurückziehen lassen sollen. Es war eine starke Belastungsprobe für die Opposition, daß sie nach der Veröffentlichung Zürich als Vorort, die sie nach der Dinge nicht verhindern konnte, sich auch nach die Wiederwahl des kommunistischen Zentralpräsidenten gefaßt lassen sollte (auf den Sozialdemokraten Frick waren 28 Stimmen gefallen). Es wäre gewiß nicht überraschend gewesen, wenn die Opposition zum Schluß noch unter Protest den Verbandstag verlassen hätte.

Die Sektion Zürich hat nun zu zeigen, daß sie fähig und willens ist, den beschlossenen neuen neutralen Kurs und ohne Fraktionen durchzuführen. Geheißt es, so war der Verbandstag nicht umsonst, und der Verband kann wieder gefunden.

Korrespondenzen.

Verband. Generalversammlung vom 7. Januar. Nach erfolgtem Kassensbericht wird dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Rechnung ergibt Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. Der zweite Vorsitzende und ein zweiter Schriftführer wurden wiedergewählt. Eine Zuschrift betreffend Juppelinsende wurde in Anbetracht der ganzen Sachlage als erledigt behandelt. Dem Wunsch der Zeiger Kollegen gemäß, ihrem Kandidaten zum Verbandstag unsere Stimme zu geben, wurde beschloffen, seinen eigenen Kandidaten aufzustellen. Wegen der Aufnahmemaße fand lebhaftes Gespräch statt, und in dieser Sache wurde herbe Kritik geübt. Die allgemeine Auffassung war, daß dabei eine gewisse Diktatur geübt wurde. Vorstand und Kassierer seien trotzdem die rücksichtlosen Kollegen, die fähigen Warten zu leben und die Geschichte aus der Welt zu schaffen.

Komm. d. Red. Hierzu sei bemerkt, daß der Volksentscheid in der Aufnahmemaße allen Erstes ins Auge gefaßt war. Daß er nicht organisiert wurde, lag an den unklaren Wirtschaftsverhältnissen. Das Geld, was durch diese Maße eingebracht ist, kommt jetzt bei den riesigen Anforderungen an die Verbände infolge der herrschenden Arbeitslosigkeit mit zur Verwendung. Das muß beachtet werden bei solchen Auseinandersetzungen. Das aufgetragene Geld wird nur an die Mitglieder zurückgeteilt.

Aus unseren Berufstreifen.

Die höhere Fachschule für das Tapezierergewerbe wird am 1. April 1926 in Frankfurt a. M., im Schulgebäude Wallstraße 23, eröffnet. Ueber Aufnahme, Kosten, Dauer der Kurse und den Lehrplan sowie Unterricht und Verpflegung wurden noch keine Mitteilungen veröffentlicht.

Vom Steuerzahler.

Daß die Beschäftigten und die selbständigen Unternehmer ihre Einkommen meist zu niedrig angeben, ist eine bekannte Tatsache, die von den Finanzämtern anscheinend ohne jeden Einspruch gebüdet wird.

Interessante Einblicke in diese Zustände gewährt eine vom Steueranschuß des Sächsischen Gemeindebeamtenbundes in einigen sächsischen Großstädten vorgenommene Erhebung. Es zahlten z. B. in einer Gemeinde ein Kirchensteuer bei Erhebung eines Satzes von 15 Prag für das Rechnungsjahr 1925:

- ein Dekorateur 6,20 Mk., dessen Gehalte 12,70 Mk.;
- ein Baumeister 4,20 Mk., dessen Gehalte 12,70 Mk.;
- ein Lichtermeister 4,50 Mk., dessen Gehalte 12,70 Mk.;
- der Inhaber einer Vulkanisieranstalt 6,70 Mk., dessen Gehalte 12,70 Mk.;
- ein Bädermeister mit drei Beschäftigten 5,25 Mk., sein Gehalte 12,70 Mk.

Wenn sich diese Angaben auch nur auf die Kirchensteuer beziehen, so sind sie doch voll beweiskräftig. Die Kirchensteuer werden erhoben in Prozentätzen der Einkommensteuer. Bei den Lohnsteuerpflichtigen sind dafür gewisse Pauschätze vorgesehen. Jedemfalls lassen diese Angaben, die auch für andere Städte vorliegen, deutlich erkennen, daß die Steuerleistungen der Selbständigen nur einen Bruchteil der Steuerleistungen der Lohnempfänger darstellen. Deshalb sind auch die Besitzenden so heftig gegen die Offenlegung der Steuerlisten, durch die ihr Steuerbetrag dokumentarisch belegt werden würde.

Lohnbewegungen und Streiks.

Im eigenen Interesse werden die Kollegen erlucht, vor Arbeitsaufnahme an anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen.

Zeugzeugindustrie.

Berlin. Eine Einigung ist bisher nicht erfolgt. Die Ausperrung geht weiter.

Tapezierergewerbe.

Wiesbaden. Bei der Firma Hollighaus, Stapelmöbelbetrieb, bestehen Differenzen.

Meißel streng die Octel

Bücherchau.

Jugend-Führer. Unter diesem Titel gibt der ADGB ab 1. Januar ein Mitteilungsblatt heraus, von dem die erste Nummer verlegt. Da in diesem Blatt der ganze Fragenkomplex behandelt wird, wie Berufsberatung, Ausbildung, Berufshilfe, Jugendfürsorge usw., wird es für alle, die sich mit der Jugend beschäftigen, von ganz besonderem Interesse sein, den Inhalt laufend kennenzulernen. Die Anschaffung kann nur dringend empfohlen werden.

Die Justiz. Zeitschrift für Erneuerung des deutschen Rechtswesens, zugleich Organ des Republikanischen Richterbundes, Verlagsbuchhandlung Dr. Walter Rothchild in Berlin-Oranienburg. Diese Zeitschrift erscheint alle zwei Monate und kostet halbjährlich 8 Mk.

Aranta. (Monatshefte für Naturerkenntnis.) Verlags-gesellschaft m. b. H., Jena. Eine wertvolle Bildungszelt-schrift, deren Anschaffung nur empfohlen werden kann. Im gleichen Verlag erscheint „Mensch und Maschine“ von E. Wechsler. Broch. 1,50 Mk., geb. 2 Mk.

Illustrierter Kalender für Sattler, Klemer, Tischler und Wagenbauer. Jahrgang 1926. 320 Seiten im Taschenbuchformat. In Ganzleinen gebunden 2 Mk. Verlag Berg & Schach, Berlin SO. 16.

Dieses praktische Rath- und Auskunftsbuch enthält Kalenderium, Tagesnotizkalender, Quittungsformulare und dergl., einen reichhaltigen, illustrierten, sachlich belehrenden und einen angenehmen Teil mit Tarifen, Steuerbestimmungen u. a. Den Schluß bildet ein Bezugsquellenregister.

Heften der letzten Revolution. Von Professor Dr. Max Adler, Wien. Umfang 56 Seiten. Preis gut fort-tiert 1 Mk. G. Haub'sche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W. 30.

Die Goldbilanzen. Von Kurt Heinig. 32 Seiten Oktav. 1925. Berlin. Verlags-gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 1 Mk.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Orts-verwaltungen.)

Am Jahres-schluss muß jedes Mitglieds-buch in Ordnung sein.

Vom 31. Januar bis 6. Februar ist der 5. Beitrag fällig.

Pünktliche Beitragszahlung ist die Voraussetzung zur Sicherung der Kampfkraft des Verbandes und der Anrechte auf die Unterstützungseinrichtungen.

Auf Antrag wurde das Mitglied Franz Gern, Kartennummer 93 525, in Rathenow wegen Streikbruchs, und das Mitglied Fritz Seidel, Buchnummer 14 445,

in Rathenow i. Sa. laut § 4 Abs. 2 aus dem Verbands ausgeschlossen.

Toten a. Ab. Auf eine mehr als 25jährige Mitgliedschaft im Verbands konnte der Kollege Willi Schmid zurückblicken.

Rathenow i. Thür. Kollege Karl Rosen-wintel feierte am 4. Januar seine 30jährige Verbandszugehörigkeit.

Wir erluchen die Ortsverwaltungen die Medebarte betreffend Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit Ende Januar 1926 pünktlich einzusenden. Stadttag ist Sonnabend, der 30. Januar. Leider können sich viele Ortsverwaltungen nicht daran gewöhnen, die Karte sofort am Monats-schluss einzusenden. Am 12. Februar muß die Karte bereits in den Händen der Reichsarbeitsverwaltung und des ADGB sein. Allein liegen außer den Orten, die überhaupt nicht gemeldet haben, 18 Karten vor, die zu spät eingingen. Täglich laufen noch Karten ein. Das ist natürlich zwecklos. Karten, die nicht bis spätestens bis zum 9. des folgenden Monats in unseren Händen sind, müssen als unverwendbar weggelassen werden.

Bis Montag, den 25. Januar, schickten trotz dringender Mahnung im Rundschreiben folgende Abrechnungen der Verwaltungen ein:

Offgau: Kottbus, Forst, Kolberg, Stargard, Zehdenitz, Nordgau: Gadebusch, Hannover, Krakow, Neumünster, Leterien.

Mitteldeutscher Gau: Bernburg, Dessau, Geraberg, Gotha, Halberstadt.

Gau Sachsen: Erlmüschau, Leipzig, Niederschlesien, Rochlitz, Zittau.

Gau Elberfeld: Detmold, Elberfeld, Hamm, Herford, Minden, Osnabrück, Remscheid, Witten.

Gau Düsseldorf: Bonn, Duisburg, Oberhausen.

Gau Frankfurt a. Main: Alshausen, Karlsruhe, Alrn, Offenbach, Wehr.

Gau Bayern: Kissingen, Rhingen, München, Schweinfurt, Würzburg.

Wir bitten dringend, daß die Gewalter sowohl wie die Ortsvorstände und Revisoren dafür Sorge tragen, daß die Abrechnungen umgehend eingeleitet werden, denn erst nach Zusammenstellung der Abrechnung des 4. Quartals kann die Jahresabrechnung aufgestellt werden, die unbedingt zum Jahresbericht gehört. Der Jahresbericht muß auch einige Zeit vor dem Verbandstag fertiggestellt werden.

Die Hauptverwaltung.

Adressenveränderungen.

Bielefeld, Weberstr. 5. Bureau geöffnet von Montag bis Freitag von 4 bis 6 1/2 Uhr und Sonnabend von 1 bis 2 Uhr.Adr.: Bork.: H. Qualmann, Halenort 36 II. Koff.: Bruno Groffe, Wühlentier. 26.

Blauen. Bork.: Hans Bauer, Riechstr. 13 I. Schloßhelm. Koff.: Otto Heberich, Herrenstraße.

Schemnitz. Bork.: Hermann Schütze, Holsteinstr. 40. Waldheim. Bork.: Walter Reichler, Rastauer Str. 17.

Koff.: Josef Brunner, Schillerstr. 3. Datteln. Koff.: Wilhelm Kleber, Bernhardtstr. 1 b.

Kumbach. Bork.: Hans Crion, Watenstr. 11 I. Aegensburg. Bork.: Georg Feis, Wallwerkergasse 17.

Jeandru a. d. Ober. Bork.: Wilhelm Weigmann, Bergstr. 8 III.

Konstanz. Bork.: Ludwig Göh, Riechstr. 66. Neustadt. Bork.: Walter Hofmann, Brauereistraße.

Reubau 12. Elbing. Bork.: Alfons Klein, Königsberger Str. 88.

Verjammlungs-kalender.

Stittrom. Freitag, den 5. Februar, abends 8 Uhr. Restaurant „Zur Klause“.

Kiel. Montag, den 1. Februar, Gewerkschaftshaus. Generalversammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung. Jahresbericht.

Sterbefaßel.

Erfurt. Am 4. Januar starb unser lieber Kollege Erich Schlegelmisch im Alter von 30 Jahren.

Hamburg. Am 8. Januar starb im Alter von 30 Jahren unser Kollege, der Tapezierer Wilhelm Brackel.

Hagen i. W. Wilhelm Berweits — Hermann Gildner f. Zwei alte Kämpfer haben die Augen für immer geschlossen. Jermels war erster Gewalter im hiesigen Bezirk und Gildner langjährig Vorsitzender und Bezirks-leiter. Beide haben im Interesse unserer Sache viel Ungemach erduldet. Ermahregelt, auf die schwarze Liste gesetzt, mußten sie mit Familie von Stadt zu Stadt gehen. Es wurden sie schmach-über oder gar irre an der Bewegung, an unserer jüngeren Kollegen als Beispiel dienen. Dem abend beschloffen, der unserem lieben Hermann nicht vergahnt war. Er wanderte vor zwei Jahren mit seiner Familie nach Brasilien aus, ein tragisches Geschick ereilte: er wurde überfahren vom Zuge. Wir werden beide nie vergessen.

Ehre ihrem Andenken!